

# Besetzt, beschützt, bevormundet

Für die deutsch-amerikanische Freundschaft hat der Kalte Krieg nie aufgehört. Von Gregor Schöllgen

Sie waren Befreier. Geplant war das nicht. Denn als die Amerikaner und ihre Verbündeten Anfang Mai 1945 die Deutschen endgültig in die Knie zwangen, brachten sie zugleich etwas zustande, was diese selbst aus eigener Kraft nicht geschafft, wohl in ihrer Mehrzahl auch bis zum bitteren Ende nicht gewollt hatten: Sie befreiten die Deutschen von Adolf Hitler. Tatsächlich sahen das anfänglich weder die Befreiten noch die Befreier so: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung“, hieß es in einer Direktive der amerikanischen Militärs vom Oktober 1945, „sondern als besiegter Feindstaat!“

Zumindest für die amerikanischen Geheimdienste hat sich daran offenbar in den vergangenen knapp sieben Jahrzehnten wenig geändert. Für die Deutschen, soweit sie westlich der Elbe lebten, stellte sich die Lage schon bald anders da. Es lag an den dramatischen Auflösungserscheinungen der Anti-Hitler-Koalition, dass sie die amerikanischen Besatzer seit 1948 als Garanten ihrer neuen Freiheit wahrnahmen. Wohin man aus den westlichen Metropolen auch blickte, schienen die Sowjets und ihre tatsächlichen und vermeintlichen Verbündeten die Herrschaft übernehmen zu wollen. Ob China, Vietnam, bald auch Korea, ob Polen, die Tschechoslowakei oder Griechenland – nichts schien vor ihnen sicher.

**Die Amerikaner gaben immer die Richtung vor, die Deutschen folgten ohne Wenn und Aber**

Auch Deutschland und die Deutschen nicht. Als Stalin am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserverbindungen in die westlichen Sektoren Berlins kappen ließ, stellte er die Westmächte, allen voran die handlungsfähigen Vereinigten Staaten, vor die Alternative, nachzugeben oder ihm die Stirn zu bieten. Sie entschieden sich für Letzteres, und das hieß: Mehr als zwei Millionen West-Berliner mussten solange aus der Luft versorgt werden, bis die Sowjets nachgaben. Eine ungeheure Kraftanstrengung, die nach fast einem Jahr zum Ziel führte. Am 12. Mai 1949 hob Stalin die Abriegelung endlich auf – und die Westmächte hatten einen Verbündeten. Es war von Anfang an eine ungleiche Partnerschaft. Die Amerikaner gaben die Richtung vor. Die Deutschen folgten ohne Wenn und Aber.

Sie wussten warum, denn bis zum Ende des Kalten Krieges bildeten die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte und der nukleare Schirm der USA die Garantie für die Unabhängigkeit Westeuropas und damit der Bundesrepublik. In der Logik der Epoche hieß das: Sollten die Sowjets diesen Teil der freien Welt angreifen, müssten sie im äußersten Fall mit einem vernichtenden interkontinentalen atomaren Schlag der amerikanischen Schutzmacht rechnen.

Mit ihrer Präsenz und ihrer Nukleardoktrin garantierten die Amerikaner alles, was den Deutschen im Westen des geteilten Landes lieb und teuer war: ihre Sicherheit und ihre Freiheit, ihre Währung und ihren Wohlstand. Der Preis, den sie dafür zahlten, war hoch: Die Deutschen wurden entmündigt. Das war ein schlechtherrlicher Prozess. Welche weitreichenden Folgen er zeitigte, wurde erkennbar, als die transatlantische Sicherheitsgarantie hinfällig geworden war. Die Sowjetunion, ihr Imperium und die von ihnen ausgehende Bedrohung mochten 1991 untergegangen sein,

der umfassende amerikanische Anspruch auf Vormundschaft war so lebendig wie eh und je.

Alle Bundesregierungen seit den Tagen Konrad Adenauers haben mit diesem Anspruch der Amerikaner, mit ihren häufig unzumutbaren Erwartungen und mit ihren Briskierungen Bekanntheit gemacht. Solange man mehr oder weniger einseitig von der Schutzmacht abhängig war, gab es praktisch keine Alternative. Die USA nutzten das und stellten zum Beispiel ihre militärischen Planungen für Europa nach Belieben um, ohne die Deutschen ernsthaft zu konsultieren. Dabei wären die beiden deutschen Teilstaaten das Hauptschlachtfeld eines konventionell oder auch eines unterhalb der strategischen Ebene nuklear geführten Krieges gewesen.

Wo die Amerikaner ihre taktischen Nuklearwaffen lagern, und um welche es sich handelt, hat offiziell bis heute keine Bundesregierung in Erfahrung bringen können. Die Forderung liegt auf dem Tisch, seit der christsoziale Verteidigungsminister Franz Josef Strauß sie im Frühjahr 1962 erstmals auch öffentlich vor dem Bundestag erhob. Nach dem Kalten Krieg wurde aus der Forderung nach umfassender Aufklärung die Aufforderung zum vollständigen Abzug der verbliebenen amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland. Aber ganz gleich, ob der Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier sie im April 2009 amtlich formulierte oder sein liberaler Nachfolger im Auswärtigen Amt Guido Westerwelle sie ein halbes Jahr später im Koalitionsvertrag verankern ließ – es änderte sich nichts.

Was die Verteidigungs- und Außenminister erfahren mussten, blieb den Bundeskanzlern nicht erspart. Mindestens einer von ihnen ist darüber gestürzt. Weil die Amerikaner gegenüber Ludwig Erhard kompromisslos auf sämtlichen Forderungen, darunter einer pünktlichen Überweisung der Devisenausgleichszahlungen, bestanden, wurde dessen Handlungsspielraum während der ersten Rezession so weit eingeschränkt, dass ihm die eigenen Parteifreunde Ende 1966 den Stuhl vor die Tür setzten.

Seinem Nachfolger Kurt Georg Kiesinger – auch er ein Christdemokrat, zudem Kanzler der ersten Großen Koalition – kamen schon nach wenigen Monaten Zweifel an der immer wieder gepriesenen deutsch-amerikanischen Freundschaft. Obgleich auch ihm wie sämtlichen Amtsinhabern selbstverständlich an einem guten Verhältnis zur Vor- und Schutzmacht gelegen war, klagte er im Februar 1967, „dass die amerikanische Politik in Europa ausschließlich amerikanische Interessen vertritt. Es gibt manchmal Deutsche, die glauben, es gäbe da so eine Freundschaft oder Freundschaftsdienste. Das gibt dann hinterher immer sehr böse Überraschungen.“

Die erlebte auch Willy Brandt, der erste Sozialdemokrat im Kanzleramt, der in Kiesingers Kabinett Außenminister gewesen war und ihn im Herbst 1969 ablöste. Erst setzte Präsident Richard Nixon Mitte August 1971 das – wenn auch marode – internationale Währungssystem ohne Ankündigung außer Kraft und zwang die Europäer, allen voran die unter starken Währungsschwankungen leidende Bundesrepublik, zur risikoreichen Improvisation. Dann versetzten die USA während des vierten Nahostkrieges Ende Oktober 1973 ihre Streitkräfte auch in Deutschland in Alarmbereitschaft und brachten die vorab nicht informierte Bundesregierung in erhebliche Bedrängnis.



Obama mit Merkel 2009 bei seinem ersten Besuch in Deutschland. Seitdem hat er die Kanzlerin immer wieder düpiert, im Stich gelassen, vorgeführt. Die Abhöraffäre war nur die spektakulärste von vielen Demütigungen. FOTO: ULLSTEIN

Die Antwort, die Brandt auf seine ungeliebte Nachfrage von Nixon erhielt, ließ für Missverständnisse keinen Raum. Mit der Standarddrohung anderer Präsidenten, man würde Streitkräfte abziehen, sollte die Bundesregierung nicht partieren, hielt dieser sich erst gar nicht auf. Statt dessen stellte er gleich klar, dass Washington sich auch in Zukunft das „Recht“ vorbehalte, „Maßnahmen zu ergreifen“, die es im Interesse der internationalen Sicherheit für „notwendig“ halte. Im Übrigen verfügte die Bundesrepublik „nur über beschränkte Souveränität“.

Dieses Argument traf tatsächlich in zweifacher Hinsicht zu: Strategisch war und blieb die Bonner Republik von den Vereinigten Staaten abhängig, und völkerrechtlich stand ihre Souveränität seit Inkrafttreten des sogenannten Deutschlandvertrags im Mai 1955 unter dem Vorbehalt einer definitiven Lösung der deutschen Frage. Die konnte nun einmal nur durch

die vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs gemeinsam gefunden werden.

Weil aber niemand ernsthaft damit rechnete, bis es 1990 völlig unerwartet dahin kam, machten die Amerikaner von ihrer privilegierten Stellung in dieser Partnerschaft auch gegenüber Brandts Nachfolgern ungeniert Gebrauch. Obgleich Hel-

**Kohl war überzeugt, dass „unsere Freunde Verständnis für unsere Interessen“ haben. Ein Irrtum**

mut Schmidt erhebliche, auch innerparteiliche Widerstände zu überwinden hatte, als er sich für die Stationierung der problematischen so genannten Neutronenwaffen einsetzte, ließ ihn Jimmy Carter im April 1978 im Regen stehen und ohne Vorwarnung wissen, dass er die Entscheidung über deren Produktion verschoben habe.

Nicht besser ging es Helmut Kohl, als er sich im Frühjahr 1989 gegen eine Modernisierung der amerikanischen Kurzstreckenraketen in Deutschland aussprach und es im Bundestag für „selbstverständlich“ erklärte, „dass unsere Freunde für unsere Interessen das gleiche Verständnis haben, wie wir es bei vielen Gelegenheiten ebenso selbstverständlich für sie bewiesen haben.“ Auch das war ein Irrtum.

Es blieb dabei. Obwohl mit der Vereinigung Deutschlands und der Implosion der Sowjetunion und ihres Militärbündnisses die beiden entscheidenden Argumente für Deutschlands eingeschränkte Souveränität hinfällig geworden sind, verhalten sich Amerikaner und Deutsche nach einem Vierteljahrhundert immer noch so, als habe sich nichts getan. Dass selbst Repräsentanten der Republik, die nach der Revolution der Weltpolitik in ihr sozialisiert worden sind, diesen Mechanismus verinnerlicht haben, spricht für seine Wirksamkeit.

Was sich die Bundeskanzlerin – immerhin Regierungschefin eines vollständig souveränen, in der Welt hoch angesehenen, vorbildlich aufgestellten Landes – seit 2009 vom amerikanischen Präsidenten gefallen lassen muss, hielte man nicht für möglich, wäre man nicht regelmäßig Zeuge dieser ernüchternden Vorstellung. Erst ließ Barack Obama im Frühjahr 2009 die deutsche Spezialeinheit GSG 9 von einem amerikanischen Kriegsschiff schicken, bevor sie die Besatzung eines von Piraten gekaperten Frachters befreien konnte. Dann mussten sich die im Kanzleramt versammelten Spitzenvertreter von Merkels erster Regierung durch einen drittrangigen Abgesandten aus Washington die Spielregeln für eine mögliche Rettung von Opel diktieren lassen.

Im Frühjahr 2011 erfuhr die düpierte Bundeskanzlerin, dass sich der Präsident – in letzter Minute und anders als ursprünglich signalisiert – entschieden hatte, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen doch für einen Einsatz in Libyen zu votieren, und damit eine Isolierung Deutschlands in Kauf nahm. Dann musste Merkel zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur die gesamte Republik flächendeckend durch amerikanische Geheimdienste ausspioniert, sondern auch ihr eigenes Handy abgehört wurde. Um nur diese Vorkommnisse zu nennen.

**Schröder verweigerte den USA die Gefolgschaft. Schnell fand man wieder zu einer guten Arbeitsbasis**

Das alles war schon sehr erstaunlich. Und es war ein Rückblick. Denn Merkels Vorgänger hatte gezeigt, dass man die Rolle eines vollständig souveränen und damit handlungsfähigen Partners mit angemessenem Selbstbewusstsein ausfüllen kann, ohne sich zu übernehmen oder zu verbiegen. Gerhard Schröders Weigerung, in einer Frage von Krieg und Frieden in die gewohnte Rolle des Befehlsempfängers zu schlüpfen und ohne belastbare Begründung und völkerrechtliche Legitimation am Feldzug gegen den Irak teilzunehmen, hat George W. Bush zwar irritiert und verstimmt, nicht aber wirklich überrascht.

Denn der Präsident wusste ja, dass er dem Kanzler nicht die Wahrheit gesagt hatte, als er ihm bis ins Frühjahr 2002 hinein wiederholt erklärte, konkrete Planungen für diesen Feldzug gebe es nicht. Obgleich oder eben weil Schröder als erster Kanzler den USA in einer entscheidenden Frage die Gefolgschaft verweigerte, ohne dabei das Bündnis in Frage zu stellen, fanden Kanzler und Präsident relativ rasch wieder zu einer tragfähigen Arbeitsbeziehung.

Es wurde höchste Zeit, zu diesem Verständnis einer souveränen Partnerschaft zurückzukehren, die auf absehbare Zeit zu den tragenden Säulen deutscher Außenpolitik zählen muss. Dass es einer zweitrangigen Spionageaffäre bedurfte, um erkennen zu lassen, ist bezeichnend. Die Aufforderung an den Vertreter der US-Geheimdienste an der amerikanischen Botschaft in Berlin, das Land zu verlassen, ist ein lange überfälliger erster Schritt – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Denn der Grund für den desaströsen Zustand des deutsch-amerikanischen Verhältnisses ist nicht in der politischen Wirklichkeit, sondern in der mentalen Befindlichkeit der Beteiligten zu suchen. Solange die Deutschen in der Rolle des Müßelnden verharren, haben die Amerikaner keine Veranlassung ihre Besatzmentalität abzulegen. Umgekehrt spricht einiges dafür, dass ein mit angemessenem Selbstbewusstsein auftretender deutscher Partner auch für die USA die attraktivere Alternative ist. Für die Nachbarn, die laut über eine europäische Führungsrolle Deutschlands nachdenken, gilt das ohnehin.

Der Autor lehrte Neuere Geschichte an der Universität Erlangen und ist Mitherausgeber der Akten des Auswärtigen Amtes. Zuletzt erschien im Verlag C. H. Beck eine zweibändige Geschichte der deutschen Außenpolitik von 1815 bis zur Gegenwart.